

## **Ausgrenzen, aussitzen, totsichweigen**

### **Wie die „Friedensstadt“ Osnabrück in und nach der Corona-Krise mit kritischen Bürgerinnen und Bürgern umgeht**

#### **Ein Rückblick – in die Zukunft?**

In Osnabrück wird 2023 das Jubiläum 375 Jahre Westfälischer Frieden begangen. „Aktuelle Friedensfragen“ stehen in einem breiten thematischen Spektrum auf dem Programm. Nicht dagegen, wie es mit dem inneren Frieden in dieser Stadt nach der Corona-Krise, der sogenannten Pandemie bestellt ist. Dies wurde auch schon auf einem ökumenischen Kirchentag im Juni 2023 anlässlich des Friedensjubiläums mit keinem Wort thematisiert, geschweige denn die Haltung und das Versagen der Kirchen in dieser Zeit. Die Corona-Krise ist gerade einmal ein paar Monate vorbei, scheint aber niemanden mehr zu interessieren – warum? Erinnern wir uns ...

#### **„Regeln“**

Die hiesige Stadtführung mit der Oberbürgermeisterin Katharina Pötter und ihrem Amtsvorgänger Wolfgang Griesert an der Spitze hat sich in der „Pandemiebekämpfung“, weit über Bundes- und Landesvorgaben hinaus, über Monate durch einen übereifrigen Aktionismus hervor getan. Er führte zu mehreren Dutzend „infektionsschutzrechtlicher Allgemeinverfügungen“. Hier eine Kostprobe vom 30. April 2021 mit der Überschrift: „Maitouren sind verboten – Bußgeld von 150 Euro pro Person“:

„Die künstliche Aufsplitterung einer Gruppe in vermeintlich zulässige Gruppengrößen ist nicht erlaubt, da es sich aufgrund der Gesamtpersonenzahl dabei immer um eine unzulässig große Gruppe handelt, die zu einem gemeinsamen Zweck unterwegs ist. Findet der Spaziergang an Orten statt, an denen viele Spaziergänger unterwegs sind, müssen Mund-Nasen-Bedeckungen immer dann getragen werden, wenn das Abstandsgebot in der Öffentlichkeit unter freiem Himmel nicht nur vorübergehend nicht einhalten werden kann.“<sup>1</sup>

Dies ist heute genau so absurd wie damals, nur ist dieser Unsinn am 1. Mai 2021 dann auch exekutiert worden, zum Beispiel durch berittene Polizisten in beliebten Ausflugsgebieten der Stadt. Ständig neue, absurdste Abstands-, Kontakt- und Maskenregeln wurden von eifrigen Verwaltungsjuristen konzipiert, in „Regeln“ und Verordnungen gegossen und verlautbart, von den Bürgern überwiegend dann aber auch brav befolgt und eingehalten.

Zu diesem Zeitpunkt hatte es bereits Lockdowns und Schulschließungen gegeben, Begriffe aus dem Wörterbuch des Unmenschen wie "Absonderungsverordnung" feierten fröhliche Urständ. Auf engeren Wanderwegen oder nur teilweise geräumten Bürgersteigen im Schnee haben sich entgegenkommende Menschen ihre Masken schon Meter vor der Begegnung aufgesetzt; eine ausgestreckte Hand wurde mit den entsetzten Worten „Das wurde uns verboten!“ zurückgewiesen; in anderer Situation die Ablehnung des geltenden „Corona-Grußes“ und statt dessen das Entgegenstrecken der Hand mit der Frage „Sind Sie etwa Coronaleugner?“ quittiert.

Die größten Grundrechtseinschränkungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sind verordnet und von einer großen Mehrheit der Bevölkerung ohne größere Proteste befolgt worden. Schließlich waren wir „im Krieg“ gegen ein Virus, also gegen die Natur ... Maßnahmen wurden für „alternativlos“ erklärt, Schulkinder über Monate mit Masken und Wattestäbchen malträtiert, wer als Lehrer dagegen protestierte, gemobbt oder kaltgestellt. Es galten – erstmals in der Geschichte der Menschheit, bis dahin kannte man nur Quarantäne für Erkrankte und Verdachtsfälle – „Abstands- und Kontaktregeln“ für alle, später dann „2G-Regeln“, die Menschen aus Kultur und Kirchen ausschlossen und zu einer politisch verordneten Impfung nötigen sollten. „Regeln“ sind mit einer Geschwindigkeit, manchmal über Nacht – darauf hat unlängst Matthias Desmet hingewiesen<sup>2</sup> – geändert worden, sodass selbst Gutwillige nicht mehr mit- und nachgekommen sind.

Auch Impfempfehlungen für Altersgruppen – ein weiteres Beispiel für solche „Regeländerungen“ – wurden innerhalb von Tagen ins Gegenteil verkehrt, die Dauer des sog. Genesenenstatus durch eine politische Entscheidung innerhalb kürzester Zeit immer wieder verändert. Menschen, die eine experimentelle Impfung für sich abgelehnt haben und um ihre Arbeitsstelle besorgt waren oder auch freigestellte sogenannte Ungeimpfte haben monatelang versucht, sich anzustecken, also „krank“ zu werden, weil sie danach als „Genesene“ auf Zeit galten und wieder ein paar Monate Aufschub hatten ... Andere ließen sich impfen, um in den Urlaub fahren oder einfach nur ein Auto anmelden zu können. All dies gehört zu den vielen Absurditäten dieser Zeit, von denen man heute schon nichts mehr wissen und hören möchte.

### **„Wissen schaffen statt Ängste schüren“**

Manipulationen mit Zahlen, Statistiken und Inzidenzwerten sowie sog. Modellierungen, die jeder empirischen Erfahrung widersprachen, aber durch die Medien und Talkshows geisterten, waren an der Tagesordnung. Über den wichtigsten Wert zur Einschätzung der Gefährlichkeit einer Epidemie, nämlich der Infektionssterblichkeit, wurde dagegen kein Wörtchen verloren – diese entsprach einer mittelschweren Grippewelle.

Leider wurde mit Zahlen und Daten eben kein „Wissen geschaffen“, sondern einfach nur „Angst geschürt“, um die Parole auf einem meterlangen Transparent abzuwandeln, das bis vor kurzem an der rückwärtigen Fassade des Schlosses, Hauptgebäude der Universität der „Friedensstadt“ hing („Wissen schaffen statt Ängste schüren“), gerichtet an und in Sichtweite der Hunderte von Demonstranten von „Grundrechte Osnabrück“, die sich ab Ende 2021 wöchentlich im Schlossgarten versammelten. Warum haben diese Wissenschaftler und ihre Adepten die Wissenschaft verraten, die doch unterschiedliche Positionen und einen Dialog auf der Suche nach Wahrheit ausmacht, und sich als Staatspropagandisten angedient und verkauft? Es sind wohl ähnliche Gründe gewesen „wie immer“ – Opportunismus, Mitläufertum, Karrierismus.

### **„Impfen“**

Der Höhepunkt der Impfkampagne Ende 2021 markierte dann zugleich den Tiefpunkt des Journalismus der Nachkriegszeit in dieser „Friedensstadt“, die nun zu einer „Impfstadt“ geworden war. Schon bis dahin hatte sich das hiesige Monopolblatt, die „Neue Osnabrücker Zeitung“, durch eifrigen Verlautbarungsjournalismus hervorgetan, was Bürger ab wann „dürfen“ und was nicht. Sie befand sich damit in guter Gesellschaft mit

den großen Printmedien, vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk gar nicht zu sprechen. Zum ersten Mal in der Geschichte dieses Landes gab es (fast) keinen kritischen Journalismus mehr, keine „Vierte Gewalt“. Die NOZ, besonders gewisse Mitarbeiter der Lokalredaktion, haben sich gleichfalls in der Diffamierung von Kritikern und Demonstrierenden hervorgetan, deren Zahl nun so groß geworden war, dass sie nicht mehr totgeschwiegen werden konnte wie zuvor. Nun, im Dezember 2021, sind zweiseitige „Impfsonderseiten“ erschienen, an denen das Blatt – zusätzlich zu den ganzseitigen Impfanzeigen der Bundesregierung – auch an lokalen und regionalen Firmen und Institutionen verdient hat, die um die „beste“ Impfpropaganda gewetteifert haben. Auch hier einige Kostproben (Keine Satire! Und beachtenswert ist das wirklich gelungene Bemühen um Internationalität):

„Impfen The World is Good“ – „Osnabrueck impft am BESTEN.de“ – „Wir impfen uns den Weg frei“ – „Weil Impfen gehen IN ist“ – „Impfen ist alles“ – „Discover IMPFEN“ – „Osnabrück. DIE IMPFSTADT“ – „Geimpft gut schlafen“ (ein Bettengeschäft) und – als Höhepunkt, der unbeabsichtigt *auch* zeigt, worum es bei dieser Impfung *eigentlich* geht: „Impfen to grow your business“.<sup>3</sup>

Dass „Ungeimpfte“ mittlerweile auch in einer Arztpraxis „unerwünscht“ waren, haben wir in der Region ebenfalls erleben müssen. Hat sich der betreffende Arzt eigentlich dafür entschuldigt? Oder auch seine Verbandsfunktionäre, die mit der „Tyrannei“ oder „Diktatur“ „der Ungeimpften“ Stimmung gemacht haben?

## Offener Dialog

Anfang 2022 rief eine Gruppe kritischer Bürger in einem Offenen Brief die Osnabrücker Oberbürgermeisterin zu einem Dialog am runden Tisch über die Verhältnismäßigkeit der sog. Corona-Maßnahmen auf.<sup>4</sup> Kurz zuvor gab es die unvergessliche und gespenstische Szene, dass der Demonstrationzug aus dem Schlossgarten stumm an den Befürwortern der Corona-Impfung, die sich unter dem Motto „Impfen statt Schimpfen“<sup>5</sup> versammelten, vorbeigezogen ist. Als aktive Teilnehmerin von deren Kundgebung hatte es die Oberbürgermeisterin der „Friedensstadt“ damit zwar in die ARD-„Tagesschau“ geschafft, einen Dialog mit den Kritikern lehnte sie aber kategorisch ab.

Im Frühjahr 2022 hat sich aus der Gruppe von Unterzeichnern des Offenen Briefes die Initiative Offener Dialog Osnabrück gebildet. Das hört sich recht einfach an. Damals galt aber noch die „Regel“, dass ein „Ungeimpfter“ sich maximal mit zwei weiteren Personen treffen durfte ... Diese Gruppe ist im April 2022 mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit getreten ist, „in Sorge um eine offene und freie Gesellschaft in unserer Region, im Wunsch, Sprachlosigkeit und Spaltung auf regionaler Ebene zu überwinden, in Berufung auf die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verbrieften Grundrechte und im Geiste des in den Friedensstädten Münster und Osnabrück ausgehandelten Westfälischen Friedens“<sup>6</sup>.

Die Spitze von Politik und Verwaltung der „Friedensstadt“ stand und steht bis heute allerdings „weder für einen öffentlichen Dialog noch für ein informelles Gespräch“ mit diesen Bürgern zur Verfügung.<sup>7</sup> In den folgenden Wochen und Monaten haben sich andere selbsternannte „#Demokrat\_innenFürRespekt“<sup>8</sup> der Linie der Stadtführung angeschlossen: im Herbst 2022 haben eine Osnabrücker Gaststätte wie auch die Geschäftsführung des städtischen Kulturzentrums „Lagerhalle“ der Initiative Räumlichkeiten verweigert. Der dafür politisch verantwortliche „grüne“

Kulturausschussvorsitzende und sein sozialdemokratischer Stellvertreter verweigern eine Begründung dafür, antworten bis heute nicht auf Anfragen und Briefe, lehnen ein Gespräch ab. Und der zuständige Kulturausschuss schweigt sich aus (bis auf eine Ausnahme), ein Ratsherr bezeichnet diese Bürger unwidersprochen als nicht-demokratisch, in der Gruppe wirkten „auch Mitglieder der AfD und NPD“.<sup>9</sup>

## Fazit

Politisch haben wir erlebt, wie einfach Grundrechte aufzuheben sind; wie Kritiker mundtot gemacht werden, wenn nicht gleich ihre soziale oder wirtschaftliche Existenz vernichtet wird; wie sich der Staat mit eifriger juristischer Rückendeckung auf Denunzianten und Blockwarte sowie willige Maulkorbchenträger verlassen kann, um unsinnigste „Maßnahmen“ und eine politisch verordnete Impfung durchzusetzen. Die verbale Aggressivität, mit der Ende 2021/Anfang 2022 gegen „Maßnahmenkritiker“, „Querdenker“ und „Ungeimpfte“ vorgegangen wurde, bleibt ein Schandfleck in der Geschichte dieses Landes und auch dieser Stadt.

Medizinisch haben wir erlebt, wie Heilsversprechen massenpsychologisch eingesetzt und wie rasch neue, unausgereifte Therapien wie Gen-Impfungen akzeptiert werden, wenn sie mit Panikmache und mit Strategien, die zuvor an amerikanischen Elite-Universitäten entwickelt wurden, vorbereitet werden; abgesehen natürlich von Korruption. Damit sind neben „Maskendeals“ und überaus treuen Staatsdienern (nur eine Handvoll hat landesweit öffentlich protestiert und wurde daraufhin versetzt oder entlassen, von einem lokalen Fall ist aber nichts bekannt) auch die Honorare von „Impfärzten“ gemeint. Diese haben in den „Impfstraßen“ der „Impfzentren“ Stundenlöhne von 150 Euro kassiert, ohne ihre „Impflinge“ und deren medizinische Geschichte, geschweige denn ihr Immunsystem, vorher zu kennen. Und ohne sie dann jemals wiederzusehen.

Generell können wir auch für dieses Land und für diese Stadt eine Frage stellen, wie sie Giorgio Agamben bereits am 15. April 2020 in der „Neuen Zürcher Zeitung“ für sein Land formuliert hat: „Wie konnte es geschehen, dass ein ganzes Land im Angesicht einer Krankheit ethisch und politisch zusammenbrach (...)“?<sup>10</sup> Aber es besteht kaum Interesse daran, sich dieser Frage zu stellen.

Die sogenannte Pandemie wurde auch in der „Friedensstadt“ Osnabrück<sup>11</sup> von der Stadtführung und den „#Demokrat\_innenFürRespekt“ jeglicher Couleur parteiübergreifend für beendet erklärt, kritiklos und ohne „Maßnahmen“ zu hinterfragen, die immense Schäden und noch nicht absehbare Folgeschäden in allen Bereichen der Gesellschaft verursacht haben. Es besteht keinerlei Bereitschaft zu grundlegender, selbstkritischer Aufarbeitung und – was schlimmer ist – nach wie vor keine Dialogbereitschaft mit Andersdenkenden. Dabei wären Ansätze der Aufarbeitung, auch auf lokaler Ebene, ein Signal, Vertrauen wiederherzustellen und tiefe Spaltungen zu überbrücken. Die Verantwortlichen dieser Stadt befinden sich damit allerdings auch in bester Gesellschaft mit vielen Bürgern dieser Stadt, die sich freiwillig zu Kontrolleuren, Blockwarten und Denunzianten ihrer Mitbürger bei der Einhaltung oft unsinnigster staatlicher Maßnahmen haben machen lassen. Anderswo finden solche Debatten statt, nicht zufällig vor allem im Osten unserer Republik. Und dies sogar im Festsaal eines Rathauses ...<sup>12</sup>

Was sagt dies alles über die politische Kultur in dieser Stadt, über den Zustand und die Zukunft unserer Demokratie aus? Nachhaltige Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt werden bleiben.

Peter Fischer, September 2023

Der Verfasser dankt den Mitgliedern der Initiative Offener Dialog Osnabrück ([www.offenerdialog-os.de](http://www.offenerdialog-os.de), Kontakt: [offener-dialog-regio-os@posteo.de](mailto:offener-dialog-regio-os@posteo.de)), die den Text kritisch gelesen haben, für Anmerkungen, Ergänzungen und Hinweise.

---

<sup>1</sup> Webseite der Stadt Osnabrück, 30.04.2021. Online textgleich noch zugänglich unter: <https://www.landkreis-osnabrueck.de/presse/pressestelle/pressemeldungen/54285-maitouren-sind-verbotten-bussgeld-von-150-euro-pro-person> [02.08.2023].

<sup>2</sup> Mattias Desmet, Die Psychologie des Totalitarismus, Berlin u.a. 2023, *passim*.

<sup>3</sup> Neue Osnabrücker Zeitung/MSO Medienservice vom 18./19.12.2021. Dort auf einer Doppelseite unter dem Motto „Und jetzt alle! – #zusammengegencorona – Weil Sie uns am Herzen liegen“ 67 6x6 cm große Anzeigen örtlicher und regionaler Einzelhandels-, Gewerbebetriebe u. a.

<sup>4</sup> Text zugänglich unter: [https://www.osnabrueck.de/fileadmin/user\\_upload/Offener-Brief\\_OB\\_Unterschriften\\_P021297494\\_.PDF](https://www.osnabrueck.de/fileadmin/user_upload/Offener-Brief_OB_Unterschriften_P021297494_.PDF) und <http://www.offenerdialog-os.de/> [02.08.2023]. Siehe auch Neue Osnabrücker Zeitung vom 18.01.2022: „Runder Tisch gegen Spaltung und für Versöhnung? 52 Osnabrücker fordern: Oberbürgermeisterin soll Dialog zu Corona-Maßnahmen fördern“.

<sup>5</sup> Unter diesem Motto wurde sogar eine Postkarte hergestellt und verteilt. Eine gleichnamige Plakataktion ist im Januar 2022 in Karlsruhe von der Karlsruhe Marketing & Event GmbH und der City Initiative Karlsruhe initiiert worden – sicherlich nicht zufälligerweise: <https://www.ka-news.de/region/karlsruhe/impfen-statt-schimpfen-karlsruher-plakataktion-art-2746199> [02.08.2023].

<sup>6</sup> Siehe: <http://www.offenerdialog-os.de/> [02.08.2023].

<sup>7</sup> Siehe: <http://www.offenerdialog-os.de/Brief-OB/> [02.08.2023].

<sup>8</sup> Unter diesem Namen hat sich eine „Gegenbewegung“ zu den Demonstrationen versammelt, der Parteien, Hochschulen, Sozialverbände, der örtliche Fußballverein u. a. angehören. Die Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ ist dort an erster Stelle mit dem Satz: „Der Weg zurück zu unserer persönlichen Freiheit führt über gemeinschaftliches Impfen aller Menschen, die sich impfen lassen können“ vertreten. Siehe: <https://www.respekt-os.de/> [02.08.2023].

<sup>9</sup> Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Kulturausschusses vom 27.04.2023 (veröffentlicht nach der Sitzung vom 8.06.2023), S. 9: „Frau Meyer-Leive fragt, warum die Initiative Offener Dialog Osnabrück keine Räume in der Lagerhalle anmieten könne. Herr Dr. Brickwedde ergänzt, dass die Gruppe kontinuierlich einen Raum benötige. Er habe die Gruppe an die Stadtverwaltung verwiesen. Herr Wefel bezeichnet die Gruppe als nicht-demokratisch, in der auch Mitglieder der AFD und NPD wirkten.“ – Das Protokoll ist unter: <https://ris.osnabrueck.de/bi/au020.asp?AULFDNR=1000005&altoption=Ausschuss> [12.08.2023], „Sitzungsübersicht“, „Pro“, „Protokoll öffent. Teil“ (PDF) zu finden, aber nicht als Link zu öffnen.

<sup>10</sup> Siehe: <https://www.nzz.ch/feuilleton/coronavirus-giorgio-agamben-zum-zusammenbruch-der-demokratie-id.1551896> [03.08.2023].

<sup>11</sup> Diese Selbstdarstellung als "Friedensstadt" wurde aktuell auch in anderem Kontext, nämlich im Umgang der Stadtführung mit der Städtepartnerschaft zum russischen Twer, kritisch hinterfragt. Siehe: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=102333> [12.08.2023].

<sup>12</sup> Siehe: <https://www.berliner-zeitung.de/open-source/corona-debatte-so-koennen-wir-hass-und-spaltung-trotzen-und-wieder-zueinander-finden-li.374174> und [https://www.luther-stiftung.org/fileadmin/Aktuelles/2023/epd\\_zu\\_IMLS-Corona-Disputation\\_18-07-2023\\_Erfurter\\_Rathaus.pdf](https://www.luther-stiftung.org/fileadmin/Aktuelles/2023/epd_zu_IMLS-Corona-Disputation_18-07-2023_Erfurter_Rathaus.pdf) [02.08.2023]